

Fake News entschieden bekämpfen

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
vom 30. Juni bis 1. Juli 2018 in Erfurt

Die zunehmende Verbreitung von Fake News und Desinformation im Internet gibt auch der Jungen Union Deutschlands Anlass zur Besorgnis. Zwar sind bewusst verbreitete Falschinformationen an sich kein neues Phänomen des Internetzeitalters, jedoch können diese heute breiter, schneller und wirksamer als je zuvor gestreut, gepostet und geteilt werden. Insbesondere die Instrumentalisierung dieser Möglichkeiten durch autoritäre Staaten zeichnet die aktuelle Problematik aus. Fake News können damit insbesondere in sozialen Medien innerhalb kürzester Zeit globale Dimensionen erreichen. Dies hat für Deutschland auch sicherheitspolitische Relevanz.

Der Inhalt von Fake News muss – anders als bei Hate Speech – nicht rechtswidrig sein. Fake News sind aber deshalb gefährlich, weil sie die freie Meinungsbildung der Bürger beeinträchtigen können. Sie haben das Potenzial, öffentliche Institutionen oder Personen, politische Entscheidungsprozesse und Diskussionsergebnisse zu diskreditieren und damit die Demokratie insgesamt zu gefährden. Auch junge und heranwachsende Menschen sind nicht immer imstande, Fake News als solche zu identifizieren und einzuordnen.

Online-Plattformen haben auf wachsenden öffentlichen Druck hin vereinzelt freiwillige Schritte unternommen, um der Verbreitung von Fake News im Internet entgegenzuwirken. So wurden beispielsweise Maßnahmen ergriffen, um Webseiten, die ausschließlich Fake News beinhalten, Werbeeinnahmen vorzuenthalten und offensichtliche Fake-Konten geschlossen.

Die bisherigen Maßnahmen, die Online-Plattformen zur Bekämpfung der Verbreitung von falschen Informationen eingeführt haben, erfassen jedoch nur einen kleinen Teil der tatsächlich kursierenden Falschinformationen. Plattformen und soziale Medien können selbst kein Interesse daran haben, als Brandbeschleuniger für die rasante Verbreitung von Falschinformationen herzuhalten, die oft unter dem Deckmantel vermeintlicher Seriosität in die Welt gesetzt werden. Deshalb sollten sie dafür Sorge tragen, klare Kriterien etwa in der Relevanzgewichtung ihrer Algorithmen aufzustellen und bessere Automatismen zur Unterscheidung von Falsch- und Echtmeldungen umsetzen. Dazu gehören auch technische Lösungen zum automatisierten Erkennen und Kennzeichnen von Social Bots. Viele Kriterien lassen sich aber letztlich nur durch eine inhaltliche Überprüfung durch Menschen festlegen. Auch ein funktionierendes und leicht zugängliches Beschwerde-System ist

wichtig. Der Umgang mit Beschwerden muss dabei nachvollziehbar und transparent erfolgen. Nichtbefolgung der Offenlegungspflichten sind wirksam zu sanktionieren. Auch dies wird letztlich nur durch menschliche Beurteilung sinnvoll gelingen können. Online-Plattformen und soziale Medien dürfen sich daher ihrer Verantwortung nicht verweigern und müssen nicht zuletzt Ressourcen investieren, um eindeutige Fake News anhand nachvollziehbarer Kriterien als solche kennzeichnen und ggf. entfernen zu können.

Zugleich hängt eine möglichst geringe Verbreitung von Falschnachrichten auch davon ab, dass Qualitätsmedien auch zukünftig hochwertige journalistische Inhalte produzieren und refinanzieren können. Denn eine freie Presse sichert Meinungsvielfalt auf der Basis verlässlicher und gründlich recherchierter Informationen. Sie unterstützt gerade auch junge Menschen bei der Einordnung von Nachrichten und bei ihrer Meinungsbildung.

Datenorientierter Journalismus kann in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Große Trends können durch umfangreiche Datenanalysen nachvollzogen und etwa der Verbreitung gezielter Falschinformationen auf den Grund gegangen werden. Online-Plattformen sind hier gefragt, Journalisten und Forschern unter Beachtung datenschutzrechtlicher Standards Datenschnittstellen zur Verfügung zu stellen, um ihnen auch automatisierte Auswertungen zu ermöglichen.

Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission eine Konsultation zum Thema Fake News durchgeführt hat, um die Wirksamkeit der teilweise ergriffenen Maßnahmen und das Ausmaß des Problems insgesamt zu überprüfen. Deren Ergebnisse sollten insbesondere bezüglich einer gründlicheren wissenschaftlichen Erforschung des Themas Fake News zügig umgesetzt werden.

Es ist wichtig, dass bei der Bekämpfung von Fake News Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Medienpluralismus und das Recht der Bürger auf vielfältige und verlässliche Informationen gewahrt und durch den Gesetzgeber sorgfältig abgewogen werden. Dazu gehört auch, dass Sperrungen auf Online-Plattformen für die Betroffenen transparent und nachvollziehbar erfolgen.

Neben einem starken und unabhängigen Qualitätsjournalismus setzen wir zur Bekämpfung von Fake News auf eine verbesserte Medienkompetenz insbesondere von Schülern. Die zeitnahe Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Lehrerausbildung und Lernmaterialien ist daher in diesem sich schnell verändernden Feld unerlässlich. Hier sind insbesondere die Bundesländer gefragt, entsprechende Kooperationen einzurichten. Gleichzeitig sollten Indikatoren zur Medienkompetenz in Lernstandserhebungen einfließen.

Die Verbreitung von Fake News hat viele Ursachen und stellt ein komplexes Problem in unserer zunehmend vernetzten Gesellschaft dar. Mehr Forschung, Bildung, Kooperationen staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure sowie ein erhöhtes Verantwortungsbewusstsein von Online-Plattformen

und Social-Media-Portalen sind notwendig, um der zunehmenden Verbreitung von Fake News als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft entschieden entgegenzutreten zu können.